

Dokumentation

8. Demokratiekonferenz der Partnerschaft für Demokratie im Rhein-Erft-Kreis: „Demokratie leben im Rhein-Erft-Kreis!“ 17. Mai 2024, 10:30 – 14:30 Uhr

Die achte Demokratiekonferenz der Partnerschaft für Demokratie im Rhein-Erft-Kreis fand am 17. Mai im Schloss Paffendorf in Bergheim statt. Mit insgesamt 35 lokalen Vertreter:innen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik wurde an diesem Tag gemeinsam über Leitlinien der kommunalen Demokratieförderung und deren inhaltlicher Ausgestaltung für den Rhein-Erft-Kreis diskutiert. Aufbauend auf den Erfahrungen der anwesenden Akteur:innen sollten anstehende Aufgaben aus unterschiedlichen Blickwinkeln identifiziert und mögliche Maßnahmen entsprechend den lokalen Herausforderungen zusammengetragen werden. Ziel dieser partizipativ angelegten Veranstaltung war es, eine Basis für eine auch in Zukunft lebendig bleibende Demokratie im Rhein-Erft-Kreis zu schaffen, um auf dieser Grundlage bereichsübergreifende Antworten zu den verschiedenartigsten Krisenphänomene geben zu können.

Der Landrat Frank Rock eröffnete die Demokratiekonferenz mit einem Grußwort, in dem er die Bedeutung vom Engagement aller Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie betonte und im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl an alle appellierte, doch ihrer Bürgerpflicht nachzukommen. Begrüßt, und inhaltlich in die Thematik der Konferenz eingeführt, wurden die Teilnehmer:innen von Claudia Maierski und Alexander Bullik vom Aktionsbündnis für Demokratiestärkung und Antirassismus sowie von Dr. Neven Klepo vom federführenden Amt für Integration und Flüchtlingsangelegenheiten.

Im Anschluss teilten sich die Teilnehmer:innen in vier Arbeitsgruppen auf, in denen jeweils unterschiedliche Leitlinien der kommunalen Demokratieförderung bearbeitet wurden:

In den Gruppen „Vermittlung von Grundlagen der Demokratie Lebens- und Regierungsform“ (A), „Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung und Teilhabe“ (B), „Präventions- und Aufklärungsarbeit“ (C) und „Setzen demokratischer Grenzen und die Vermittlung von Dialog- und Konfliktkompetenzen“ (D) sollten nach der geläufigen „Disney-Methode“ spezifische Herausforderungen sowie entsprechende Handlungsziele diskutiert werden: Wie erträumen sich die Teilnehmer:innen eine ideale Umsetzung der jeweiligen Leitlinie? Wie kann dieser Traum aus einer

Datum
29.08.2024

**Koordinierungs-
und Fachstelle**
a.d.a. Aktionsbündnis für
Demokratiestärkung und
Antirassismus
c/o ASH-Sprungbrett e.V.
Aachener Straße 63
50126 Bergheim

Ansprechpartner:innen
Claudia Maierski
Projektleiterin

Alexander Bullik
Uschi Klein
Referent:innen
Demokratieförderung

ada@ash-sprungbrett.de



Träger



realistischen Perspektive verwirklicht werden und welche Gegenargumente und/oder Optimierungsvorschläge lassen sich aus dem Blickwinkel einer Kritiker:in anführen?

Abschließend sollten die Ergebnisse zusammengetragen und im Plenum präsentiert werden.

Gruppenarbeit nach der Disney-Methode: Leitlinien der kommunalen Demokratieförderung für den Rhein-Erft-Kreis

Gruppe A: Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform

Ein Schwerpunkt dieser Arbeitsgruppe bestand in der Diskussion um die Ermöglichung von Begegnungs- bzw. Erfahrungsräumen. Diese Räume sollten so ausgestaltet sein, dass generationen- und lebensweltenübergreifend über basisdemokratische Grundlagen diskutiert, entsprechende Werte und Haltungen vermittelt und eine demokratische Diskursethik gelebt werden können. Begegnungs- und Erfahrungsräume können dabei sowohl Maßnahmen und Angebote umfassen, die Menschen aus einem unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergrund zusammenbringen, als auch Orte im wörtlichen Sinne, wie beispielsweise regelmäßige Austauschtreffen oder Stammtische, in denen ein demokratischer Diskurs stetig gelebt werden kann.

Aus der Perspektive der Realist:in wurden dafür die Offenheit politischer Akteur:innen sowie die institutionell verankerte Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung als notwendige Faktoren genannt. Dass für die Umsetzung dieser Leitlinie insbesondere Maßnahmen gegen die zunehmend um sich greifende Politik- bzw. Demokratieverdrossenheit von Nöten wären, war schließlich ein Ergebnis der Kritiker:in.

Einhergehen müsse dies mit der Etablierung positiver Narrative zur Demokratie als Lebens- und Regierungsform, der Implementierung von Elementen direkter Demokratie sowie der Sichtbarmachung von bereits erzielten Erfolgen der Demokratieförderung. Dadurch ließe sich das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen langfristig zurückgewinnen und der Mehrwert demokratischer Verfahren erfahrbar machen.

Gruppe B: Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung und Teilhabe

In Gruppe B standen zunächst Aspekte wie der unbegrenzte Zugriff auf Ressourcen, der Abbau von Vorurteilen, die Förderung und Stärkung von Schüler:innenvertretungen und die prinzipielle Bereitstellung von barrierefreien Zugängen im Mittelpunkt. Dadurch ließe sich die Inklusion möglichst vieler Bürger:innen ermöglichen.

Aus der Perspektive der Realist:in wurde die Bereitstellung eines „Topf“ für Mittel diskutiert, der explizit zur Förderung von Maßnahmen genutzt und damit zu mehr gesellschaftlicher Mitbestimmung und Teilhabe beitragen soll. Darüber hinaus könne durch die Etablierung soziokultureller Zentren die Möglichkeit geschaffen werden, unterschiedlichste Engagierte über die einzelnen Kommunen hinweg miteinander zu vernetzen. Der Abbau von bürokratischen Hürden sowie mehr Transparenz hinsichtlich behördlicher Zuständigkeiten waren weitere Aspekte, die in der Gruppe angesprochen wurden. Dazu wurde auf eine verstärkte Einbindung von Jugendlichen bzw. dem Schaffen von Verbindungsstellen zwischen Schule, Politik und weiteren relevanten Akteur:innen im Kreisgebiet verwiesen.

Aus Sicht der Kritiker:in wurden abschließend grundlegende Bedingungen zur Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge in den Blick genommen: Etwa der Öffnung von Ausschüssen und Gremien für Schüler:innen sowie dem Ermöglichen von ehrenamtlichen Tätigkeiten. Für Letzteres wäre es allerdings notwendig, Anreize für Arbeitgeber:innen zu schaffen, um den Beschäftigten entsprechende Freiräume zu gewähren, sich aktiv an der teilhabeorientierten Demokratieförderung zu beteiligen.

Gruppe C: Präventions- und Aufklärungsarbeit

In Gruppe C standen zu Beginn Werte und Haltungen wie wechselseitiger Respekt, gelebte Toleranz, Mut oder Courage sowie die Rolle von Vorbildern im Zentrum der Diskussionen. Darüber hinaus wurde auch in dieser Gruppe auf die Etablierung von Begegnungs- bzw. Erfahrungsräumen verwiesen, die es Bürger:innen verschiedenster sozialer Herkunft ermöglichen sollen, ihre Erfahrungen von Vielfalt zu teilen und den Abbau von diskriminierenden Vorurteilen voranzutreiben.

Eine mögliche Maßnahme, die sich im Bereich der Präventions- und Aufklärungsarbeit erträumt wurde, bestand in der Idee einer Stiftungsgründung für den Rhein-Erft-Kreis. Aus der Perspektive der Realist:in waren es der Ausbau und die Förderung von öffentlichen Veranstaltungen, die Vermittlung entsprechender Bildungsinhalte und die Einführung von Schulungsprogrammen für Multiplikator:innen, die diskutiert wurden.

Durch den Blickwinkel der Kritiker:in konnten diese Ideen abschließend durch die Möglichkeit der Einrichtung einer „Task-Force“ ergänzt werden. Diese sollte insbesondere Jugendliche aktiver einbeziehen und ihnen dadurch mehr Gestaltungsspielräume und Einflussmöglichkeiten gewähren.

Gruppe D: Setzen demokratischer Grenzen und die Vermittlung von Dialog- und Konfliktkompetenzen“

In dieser Gruppe wurde zunächst auf ähnliche Aspekte wie in Gruppe C

hingewiesen: Auch für dieses Themenfeld wurde sich eine Gesellschaft vorgestellt, in der Mut bzw. die Courage, demokratische Grundhaltungen aktiv zu verteidigen, eine unverzichtbare Kompetenz darstellen sollten.

Darüber hinaus ging es um die Möglichkeit der Etablierung einer konstruktiven und geregelten Konflikt- bzw. Streitkultur, der Anerkennung der offenen Gesellschaft als Selbstverständlichkeit sowie der gezielten Förderung von sozialer bzw. kultureller Vielfalt in Gremien, Betriebsräten, Parteien etc.

Konkretisiert, und auf ihre Umsetzung hin geprüft, wurden diese Vorschläge insofern, dass zur Verbreitung geregelter demokratischer Konflikt- und Dialogkompetenzen der kontinuierliche Ausbau von Schulungsprogrammen und Fortbildungen notwendig sei. Verwiesen wurde hierbei auf die Einführung eines Schulfachs für Demokratie sowie eine zielgeleitete Unterstützung der Eltern bei der Vermittlung von Konflikt- und Dialogkompetenzen. Einen relevanten Schwerpunkt stellte dabei auch die systematische Vermittlung von Medienkompetenzen dar, hat doch gerade die Digitalisierung in zunehmenden Maßen verdeutlicht, dass das Setzen demokratischer Grenzen und die Wahrung kommunikativer Regeln im Netz heutzutage wichtige Bedingungen für eine nachhaltige Demokratieförderung darstellen sollten.

Schließlich ist durch die Rolle der Kritiker:in sichtbar geworden, dass auch im Rhein-Erft-Kreis zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen oftmals die finanziellen Ressourcen fehlen. Nicht aber nur das Fehlen von materiell-monetären Mitteln wurde als Hindernis für die Umsetzung von Maßnahmen angesehen, sondern auch eine fehlende Transparenz dahingehend, über welche Stellen Gelder beantragt oder Zugänge zu Räumen für Veranstaltungen eröffnet werden können.

Folgerichtig wurde auch in dieser Gruppe deutlich, dass der Abbau von bürokratischen Hindernissen und der Zugang zu Informationen und/oder Wissen, wichtige Wegmarken dafür darstellen, politisches Engagement zu fördern. Des Weiteren wurde auf das Sichtbarmachen demokratiefördernder Maßnahmen eingegangen, indem Leuchtturmprojekte öffentlichkeitswirksam präsentiert und beworben werden sollten.

Zusammenfassung

Trotz der jeweils unterschiedlichen Leitlinien, die in den Gruppen bearbeitet wurden, haben sich Gemeinsamkeiten hinsichtlich der identifizierten Herausforderungen und möglichen zu ergreifenden Maßnahmen gezeigt:

Ein, die einzelnen Gruppen übergreifender Maßnahmenvorschlag bestand in der *Ermöglichung von Erfahrungs- und Begegnungsräumen*. So wurde argumentiert, dass Demokratieförderung den Mehrwert demokratischer Verfahren erfahrbar machen müsse. Dafür sollten diese Begegnungsräume in ihrer sozioökonomischen, kulturellen und altersspezifischen Struktur möglichst heterogen ausgestaltet sein. Dadurch ließe sich eine lebendige Vielfalt im Rhein-Erft-Kreis stärken und der Aufbau von Netzwerken vorantreiben.

Darüber hinaus wurde in den allen Gruppen deutlich, dass die *Förderung basisdemokratischer Werte und Haltungen* nach wie vor ein wichtiges Element der kommunalen Demokratieförderung darstellen sollte. Denn um das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen zu stärken bzw. zurückzugewinnen, bilden Respekt, Toleranz, Solidarität oder Zivilcourage unverzichtbare Bedingungen dafür, die Vorzüge sowie den Mehrwert von Demokratie erfahrbar machen und lebendig halten zu können.

Mit diesen beiden Aspekten ging auch einher, dass die *Einbindung der Jugend in demokratische Entscheidungsprozesse und Verfahren* weiter ausgebaut werden sollte. Dafür gelte es, zum einen frühzeitig für demokratiefeindliche Bestrebungen zu sensibilisieren und zum anderen die Aufklärungsarbeit in den Elementarbereichen zu verstetigen. In diesem Kontext können die bereits geschaffenen Strukturen der Demokratieförderung im Bereich der Jugendarbeit durch eine Stärkung und funktionale Erweiterung des Jugendforums ausgebaut werden.

Um den gegenwärtigen demokratiegefährdenden Herausforderungen gerecht zu werden, wurde darüber hinaus wiederholt auf den Aspekt der *Förderung von Medienkompetenzen* verwiesen. Hierbei sollten sich die Angebote jedoch nicht nur an die Zielgruppe Jugendlicher richten, sondern zum einen auch die Eltern und pädagogischen Fachkräfte gezielt adressieren. Zum anderen liegt der Fokus zukünftiger Maßnahmen aber auch auf älteren Mitbürger:innen, damit ein Dialog zwischen den Generationen auch im digitalen Raum auf Augenhöhe erfolgen kann. Denn generationsübergreifend sollte insbesondere die Förderung eines reflektierten Umgangs mit digitalen Medien im Mittelpunkt der Förderung von Medienkompetenzen stehen.

Mit der achten Demokratiekonferenz sollte das Bündnis der Partnerschaft für Demokratie im Rhein-Erft-Kreis gestärkt und eine Austauschplattform für die

einzelnen Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung geschaffen werden. In einem konstruktiven Dialog und unter aktiver Beteiligung in einem demokratischen Format ist es den Teilnehmenden der achten Demokratiekonferenz gelungen, eine Grundlage für die Formulierung von Leitplanken der Demokratieförderung im Rhein-Erft-Kreis zu legen.

Die Partnerschaft für Demokratie im Rhein-Erft-Kreis dankt den anwesenden Akteur:innen nochmals für Ihre Teilnahme, ihr Engagement und die vielen produktiven Gespräche, die am Tag der Demokratiekonferenz stattgefunden haben. Wir freuen uns über die für zukünftige Projekte wichtigen Erkenntnisse, die mit Sicherheit dazu beitragen werden, die Arbeit der kommunalen Demokratieförderung im Rhein-Erft-Kreis zu optimieren.

Die 8. Demokratiekonferenz der Partnerschaft für Demokratie wurde inhaltlich und organisatorisch in Zusammenarbeit zwischen dem Aktionsbündnis für Demokratiestärkung und Antirassismus und dem Rhein-Erft-Kreis durchgeführt.

